

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

- 1. Ob Ukraine oder Israel: Warum wir Deutschen immer glauben, moralisch überlegen zu sein
- 2. <u>Endspiel um Selenskij: Korruption, Inszenierung und der Machtkampf zwischen</u> Brüssel und Washington
- 3. <u>Ukraine will 100 "Rafale"-Jets von Frankreich kaufen</u>
- 4. Gemeinsame Verteidigung: Armeechef sieht NATO "schon im Krieg"
- 5. Sudan: Die größte humanitäre Katastrophe der Welt
- 6. <u>Francesca Albanese hält wüsten Attacken stand: Uno-Sonderberichterstatterin</u> prangert den Genozid in Palästina unermüdlich an
- 7. USA: «Schluss mit Regime Change und Nation Building»
- 8. <u>Spaltung der Gesellschaft: Die Verteilung des Vermögens in Deutschland ist wohl noch krasser als bisher gedacht</u>
- 9. Billionen für die KI-Welt mit Risiko zum Crash
- 10. Wirtschaft und AfD: Einig bei Steuern und Arbeitsrecht
- 11. Mehr als eine Million wohnungslose Menschen in Deutschland
- 12. Statistisches Bundesamt: Jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet
- 13. Die Zerstörung der Amadeu Antonio Stiftung?
- 14. Bahn-Chefin erwartet zunächst keine Verbesserung bei Pünktlichkeit
- 15. Scharfschützen am U-Bahnhof: Bundeswehr bringt den Krieg nach Berlin
- 16. Wohlfühl-Interview: Jan Böhmermann lässt sich den Heiligenschein polieren

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.



1. Ob Ukraine oder Israel: Warum wir Deutschen immer glauben, moralisch überlegen zu sein

Wenn wir als Deutsche auf die Weltlage blicken, urteilen wir nicht neutral: Wir verdrängen, rechtfertigen und selektieren – und glauben trotzdem, alles richtig zu machen. Ein Kommentar.

Der Film über meine badische Heimatstadt, der mir am meisten unter die Haut ging, war ein kurzer, unkommentierter Schwarzweißfilm, gedreht von den Nazis 1940. Er zeigt die Deportation unserer Juden (heute würde man wohl "jüdische Mitbürger" sagen) in ein Lager in Frankreich. Alles läuft sehr ruhig und organisiert ab, ohne Gewalt, ohne Exzesse, ohne Proteste. Man sieht eine lange Schlange von dunkel gekleideten Menschen, Koffer tragend, durch die Innenstadt zum Bahnhof marschieren, wie bei einer Prozession. Uniformierte stehen herum, aber sie tun ihnen nichts. Man muss dabei bedenken: Die Betroffenen hatten keinen Grund daran zu zweifeln, dass sie in ein Arbeitslager geschickt würden. Die Wannseekonferenz fand erst zwei Jahre später statt, Todeslager gab es noch nicht.

Quelle: Berliner Zeitung

2. Endspiel um Selenskij: Korruption, Inszenierung und der Machtkampf zwischen Brüssel und Washington

In der Ukraine flog die Korruption auf, in die der innere Machtzirkel um Selenskij verstrickt ist. Das überrascht nicht. Was überrascht, ist, dass die Ermittlungsbehörde im laufenden Verfahren Beweise öffentlich präsentiert. Wir sehen eine Inszenierung, die den Sturz Selenskijs legitimieren soll. (...)

NABU ist nämlich keineswegs eine unabhängige ukrainische Behörde. NABU wird vom FBI kontrolliert. Mit der Einrichtung der vermeintlich unabhängigen Antikorruptionsbehörden haben sich die USA die Durchgriffsrechte auf ukrainische

Politik gesichert.

So berichteten ukrainische Quellen, in der vergangenen Woche sei ein hochrangiger Vertreter des FBI nach Kiew gekommen, um sich mit den Leitern des Antikorruptionsbüros NABU und der Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung SAPO zu treffen. Beide Behörden sind nur formal ukrainisch. Ein ständiger Vertreter des FBI hat ein eigenes Büro im Gebäude, in dem auch NABU ansässig ist. Seine Aufgabe ist die Kontrolle der Ermittlungen.

Quelle: Gert Ewen Ungar in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut <u>Maidan 2.0?</u> <u>Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen</u>.

3. Ukraine will 100 "Rafale"-Jets von Frankreich kaufen



Die Ukraine will ihre Luftwaffe deutlich aufstocken. Bei seinem Besuch in Frankreich unterzeichnete Präsident Selenskyj eine Erklärung, die den Kauf von 100 "Rafale"-Jets vorsieht. Wie das finanziert werden soll, wurde nicht bekannt. [...] In der Erklärung heißt es, die Ukraine prüfe die Möglichkeit des Kaufs französischer Rüstungsgüter. Die Vereinbarung umfasst demnach auch den geplanten Kauf moderner Luftabwehrsysteme vom Typ SAMP-T sowie von Radarsystemen und Drohnen, berichtet die Nachrichtenagentur AFP. Das Rüstungsgeschäft soll sich demnach über rund zehn Jahre erstrecken.

Quelle: tagesschau

dazu: Selenskyj will 100 Rafale-Jets kaufen

Bei der Vereinbarung handle es sich um eine politische Zusage und noch nicht um einen Kaufvertrag, hieß es aus dem Élysée-Palast. Dieser solle später folgen. Ziel sei es, die Beschaffung über EU-Programme und die geplante Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zu finanzieren.

Quelle: **DER SPIEGEL**

4. Gemeinsame Verteidigung: Armeechef sieht NATO "schon im Krieg"

Der Chef der estnischen Armee, Generalleutnant Andrus Merilo, hat davor gewarnt, dass der Krieg in der Ukraine nicht das Ende der russischen Aggressionen sei. "Wir sind schon im Konflikt mit Russland, wir sind jetzt schon im Krieg", sagte Merilo am Montag (17. November) bei einer Podiumsdiskussion auf einer Militär- und Sicherheitskonferenz im litauischen Vilnius.

Quelle: FR Online

5. Sudan: Die größte humanitäre Katastrophe der Welt

Fährt man in Ägypten entlang des Roten Meeres in südlicher Richtung zur sudanesischen Grenze begegnet man vielen LKWs, hoch beladen mit landwirtschaftlichen Produkten wie Kartoffeln, Getreide, Obst und Baumwolle, aber auch mit Lebendvieh wie Schafen und Kamelen. Der Sudan beliefert jedoch nicht nur Ägypten, sondern exportiert Nahrungsmittel und Schlachttiere insbesondere in die arabischen Golfstaaten. Nicht umsonst gilt der Sudan als Brotkorb der Region. Gleichzeitig sind bei einer Bevölkerungszahl des Sudans von 50 Millionen Menschen 40 Millionen auf Hilfe angewiesen – in diesem reichen, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Bodenschätze, insbesondere Gold, exportierenden und vom Krieg zerrissenen Land. Es ist, wie es immer war: Auf Leichenbergen lassen sich beste Geschäfte machen.

Ouelle: Gela-News

6. Francesca Albanese hält wüsten Attacken stand: Uno-Sonderberichterstatterin



prangert den Genozid in Palästina unermüdlich an

Die Szene an sich wäre schon schlimm genug: Eine Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen wird im Tempel der Diplomatie von einem Staatsvertreter beleidigt.

Noch schlimmer ist es jedoch, wenn diese Berichterstatterin Italienerin ist und sie von dem Land, in dem sie geboren und aufgewachsen ist, desavouiert wird. Während der Vorstellung ihres Berichts «Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen» war die Juristin Francesca Albanese Zielscheibe einer Reihe von Interventionen, die einen Grossteil des Plenums des Dritten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York unter dem Vorsitz des thailändischen Diplomaten Cherdchai Chaivaivid bestürzt zurückliessen.

Quelle: Seniora.org

7. USA: «Schluss mit Regime Change und Nation Building»

Die Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste Tulsi Gabbard verkündet eine radikale Kursänderung in der Außenpolitik. Viele schöne, aber leider leere Worte ... Am 31. Oktober erklärte Tulsi Gabbard, Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste der USA, es sei nun Schluss mit einer Außenpolitik, die Jahrzehnte lang darin bestanden habe, «Regime zu stürzen, anderen unser Regierungssystem aufzuzwingen und in Konflikten zu intervenieren, die wir kaum verstanden, und die uns am Ende mehr Feinde als Verbündete einbrachten.» Das Ergebnis, so Gabbard, sei nichts anderes als «Billionen-Ausgaben, der Verlust unzähliger Menschenleben und in vielen Fällen die Entstehung größerer Sicherheitsbedrohungen, zum Beispiel der Aufstieg islamistischer Terror-Organisationen wie der Islamische Staat.»

Das ist eine Betrachtung der US-Politik, wie sie selbst von Gabbards Chef im Weißen Haus in dieser schonungslosen Formulierung bisher nicht zu hören war.

Quelle: Globalbridge

8. Spaltung der Gesellschaft: Die Verteilung des Vermögens in Deutschland ist wohl noch krasser als bisher gedacht

Wie ungerecht ist die Vermögensverteilung hierzulande. Die Meldungen dazu bieten ein widersprüchliches Bild. Im Artikel wird Klarheit geschaffen.

Spätestens seit Jens Spahn bei Markus Lanz zuletzt die ungleiche

Vermögensverteilung hierzulande kritisiert hat, ist die Debatte um Vermögen, ihre Verteilung und ihre Besteuerung wieder mal voll entbrannt. Obwohl Spahn später zurückgerudert ist und Kanzler Friedrich Merz im Sommerinterview des ZDF sogar fälschlicherweise behauptet hat, dass eine Vermögensteuer verfassungswidrig sei, lässt sich der Geist nicht wieder in die Flasche verbannen.

Das gilt umso mehr, als man allgemein auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Erbschaftsteuerregelung für große



Unternehmen wartet. Sie dürfte im Laufe der nächsten Monate vorliegen.

Quelle: Focus Online

9. Billionen für die KI-Welt - mit Risiko zum Crash

Open-AI, Microsoft, Nvidia & Co. sind finanziell und mit Gegengeschäften verbandelt. Eine Fehlspekulation kann alle mitreissen.

Die Dimensionen, um die es geht, sind so riesig und komplex, dass die Medien sie nur schwer ins Bewusstsein bringen können. Ein Zusammenbruch würde aber alle treffen. Die frühere Vizekanzlerin und KI-Spezialistin Hanna Muralt Müller hat eine aktuelle Dokumentation zusammengestellt.

Im KI-Wettlauf werden Unsummen in Billionenhöhe in die KI-Infrastruktur investiert, insbesondere in den Bau grosser Rechenzentren. Ein Risiko stellen finanzielle und geschäftliche Verflechtungen unter den Tech-Giganten dar, die schwer überblickbar sind. Zu einem entsprechend grossen Crash kann es kommen, falls diese Billionen-Investitionen wegen der raschen Entwicklung von günstigeren Technologien zu Verlusten führen. Noch machen die KI-Giganten grosse Gewinne, was zum Kauf ihrer Aktien verführt.

Quelle: Infosperber

10. Wirtschaft und AfD: Einig bei Steuern und Arbeitsrecht

Arbeitgeberverbände fordern niedrigere Steuern für Reiche – genau wie die AfD. Auch beim Arbeitsrecht gibt es kaum Unterschiede.

Einen Gegensatz zwischen der Programmatik der AfD und den Unternehmensstrategien vieler Manager gibt es beim Thema Tarifvereinbarungen kaum – beide richten sich gegen die Interessen der Beschäftigten. Die Zahl der Betriebe, die Tarifverträge vereinbaren, sinkt. AfD-Vertreter sehen kollektivarbeitsrechtliche Verbesserungen für Beschäftigte zumeist kritisch, denn "alles, was zur Verschärfung der sozialen Verhandlungsposition innerhalb der Betriebe führe", lehne die AfD ab.

Quelle: Telepolis

Anmerkung unseres Lesers K.S.: Bei einer Flattax, die für alle gleichermaßen gilt, würden wohl einige AfD-Wähler am Ende des Tages mehr Steuern zahlen. Auch in anderen Bereichen dürfen sie dann (höhere) Beiträge zahlen. Da die Arbeitnehmerrechte und Arbeitszeiten unternehmerfreundlich ausgestaltet werden würden, könnte also weniger Netto bei längerer Arbeitszeit rumkommen.

dazu auch: "Kein Platz für Brandmauern" (II)

Wachsende Teile der deutschen Wirtschaft öffnen sich für eine Zusammenarbeit mit der AfD. Dies geht aus einem Bericht des Onlinemagazins The Pioneer hervor.



Demnach lädt der stark, wenngleich nicht ausschließlich mittelständisch geprägte Verband Die Familienunternehmer mittlerweile Abgeordnete der AfD zu Parlamentarischen Abenden ein. "Wir verabschieden uns von den Brandmauern", heißt es aus dem Verband. Im Mittelstand ist zu hören, beispielsweise in Sachsen sympathisiere inzwischen "jeder zweite" Unternehmer mit der AfD – besonders, weil diese wirtschaftsfreundliche Positionen vertrete, wie man sie einst bei der FDP vorgefunden habe. Aus Großunternehmen heißt es, man habe "keine prinzipiellen AfD-Berührungsängste". Sollte die Partei an der Regierung beteiligt werden, könne es "ganz schnell" zur Kooperation kommen. Begünstigend wirkt, dass in der vergangenen Woche die "Brandmauer" im Europaparlament gefallen ist – "für Europas Wirtschaft", wie der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber konstatiert. Die AfD ist nun auch dabei, ein zentrales Koalitionshindernis – ihre Russland-Nähe – zu relativieren und stattdessen auf eine Kooperation mit der Trump-Administration zu orientieren. Quelle: German Foreign Policy

11. Mehr als eine Million wohnungslose Menschen in Deutschland

Mindestens 1.029.000 Menschen waren in Deutschland im Jahr 2024 wohnungslos: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. stellt ihre aktuellen Hochrechnungsergebnisse vor und warnt vor einem weiteren Anstieg.

Zum Auftakt ihrer Bundestagung vom 19. bis 21. November 2025 in der Urania Berlin stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) ihre aktuelle Hochrechnung zur Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland vor. Diese umfasst die Jahre 2023 und 2024 sowie die Stichtagszahlen zum 30. Juni 2023 und 30. Juni 2024 – mit alarmierenden Ergebnissen.

Quelle: <u>bagw</u>

12. **Statistisches Bundesamt: Jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet** Kein Geld für Sportverein oder neue Möbel: Wenn das Einkommen der Eltern fehlt, spüren Kinder es zuerst. Laut Statistik ist fast jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet.

Etwa jedes siebte Kind unter 18 Jahren gilt in Deutschland als armutsgefährdet. Dies habe 2024 auf 15,2 Prozent der unter 18-Jährigen zugetroffen, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte. Das entspricht gut 2,2 Millionen Kindern und Jugendlichen. Ein Jahr zuvor hatte der Anteil erst 14,0 Prozent betragen. Deutschland steht im Vergleich zum europäischen Durchschnittswert von 19,3 Prozent besser da. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (15,5 Prozent) sind Kinder und Jugendliche etwas seltener von Armut bedroht.

Quelle 1: ZDF

Quelle 2: Statistisches Bundesamt



13. Die Zerstörung der Amadeu Antonio Stiftung?

Eine der größten NGOs in Deutschland sorgt sich um den Fortbestand: Die Amadeu Antonio Stiftung informiert über einen AfD-Antrag, der die Stiftung »zerstören« könnte. Ist das ein Angriff von rechts – oder eine berechtigte Forderung? Was ist Zivilgesellschaft? Eine Antwort: »Gesellschaftsform, die durch selbstständige, politisch und sozial engagierte Bürger geprägt ist. « So erklärt der Duden den Begriff. Aber er ist hochgradig veraltet oder eventuell nur für andere Länder so zu erklären – unter Umständen haben die zuständigen Redakteure ja einfach auch keine Ahnung. Zivilgesellschaft ist im Hier und Heute etwas gänzlich anderes: Nämlich eine Branche, ja eine Industrie – ein Apparat, in dem selbstständig schon gleich mal gar nichts geht. Zivilgesellschaft war in den letzten Jahren ein Wachstumsmarkt – sonst gibt es in der Bundesrepublik keinen Markt mehr, der so rapide zulegt, wie es diese sogenannte Zivilgesellschaft tat.

Quelle: Roberto De Lapuente auf Overton Magazin

14. Bahn-Chefin erwartet zunächst keine Verbesserung bei Pünktlichkeit

Die neue Bahn-Chefin Evelyn Palla erwartet in naher Zukunft keine Verbesserung der schlechten Pünktlichkeitswerte im Fernverkehr. "Es wird erst mal nicht besser, so ehrlich müssen wir sein", sagte die Chefin der Deutschen Bahn der Süddeutschen Zeitung. In diesem Jahr werde die Pünktlichkeitsquote voraussichtlich unter 60 Prozent liegen. Und auch im kommenden Jahr werde es vor allem darum gehen, dass es nicht noch schlimmer wird.

Die Pünktlichkeit im Fernverkehr der DB hatte im Oktober mit 51,5 Prozent einen neuen Tiefstand erreicht. Seit Juni lag die Quote in jedem Monat unter 60 Prozent. Ein Zug gilt als pünktlich, wenn er weniger als sechs Minuten Verspätung hat. Bereits nach Veröffentlichung der Zahlen für September hatte die Bahn mitgeteilt, dass ihr Pünktlichkeitsziel von 65 bis 70 Prozent über das Jahr gesehen nicht mehr zu erreichen ist.

Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: Mit anderen Worten. Mit dem Personalwechsel an der Spitze der Bahn sollen keine hohen Ansprüche verbunden sein. Damit die Nutzer wieder pünktlich ankommen können, ist ein Umdenken in der Politik erforderlich – weg von betriebswirtschaftlichem und gewinnorientiertem Denken.

15. Scharfschützen am U-Bahnhof: Bundeswehr bringt den Krieg nach Berlin Das Bundeswehr-Wachbataillon führt in der kommenden Woche an mehreren Orten in Berlin eine Übung durch. Berlinerinnen und Berliner sollten mit Verkehrseinschränkungen rechnen.



In Berlin finden in der kommenden Woche Teile einer Militärübung statt. Das Wachbataillon führt zwischen dem 17. und 21. November die Übung Bollwerk Bärlin III durch, teilte die Bundeswehr auf ihrer Webseite mit. Es werde der "Orts- und Häuserkampf sowie der Objektschutz verteidigungswichtiger Infrastruktur im urbanen Raum" geübt. Dabei finden Teile der Übung den Angaben zufolge im öffentlichen Raum statt.

Quelle: Berliner Zeitung

16. Wohlfühl-Interview: Jan Böhmermann lässt sich den Heiligenschein polieren Und nirgendwo in diesem Interview ein In-sich-Gehen, wie es dazu kommen konnte, dass die Blauen so erstarkt sind und warum sich das Wahlvolk so entscheidet, wie es sich entscheidet. Vielleicht, weil es das einfach kann? Vielleicht, weil es die anderen nicht bringen? Wie totalitär der ÖRR-Spaßvogel selbst rüberkommt, scheint ihm nicht klar zu sein, ein lupenreiner Fall von Selbstverliebtheit. Nachfrage von der SZ? Fehlanzeige! [...]

Es sei ihm egal, "warum jemand da ein Kreuz macht". Er glaube daran, dass Menschen wieder zurückzuholen seien - "aber nicht, indem man das politische Programm dieser Menschenfeinde imitiert. Das funktioniert nicht." Und, hat er Ideen fürs Zurückholen? Immerhin wählen 20 Prozent der Deutschen blau. Nö, da kommt nix. Standpauke abgelassen, weiter geht's.

Quelle: Berliner Zeitung